

Brandenburg

Planlos zum Online-Amt

[03.06.2005] Bei der Umsetzung des geplanten Verwaltungsportals in Brandenburg gibt es offenbar erhebliche Mängel. Es existiert weder eine Wirtschaftlichkeitsberechnung noch eine Untersuchung zur Nachfrage. Zudem fehlt eine Planung, wie und bis wann die Kommunen eingebunden werden sollen.

Mitarbeiter des Institute for eGovernment an der Universität Potsdam (IfG.CC) informierten sich kürzlich über das geplante Landesportal Brandenburger Online Amt (BOA). Bei einer Veranstaltung des brandenburgischen Ministeriums des Innern wurden insbesondere Projektauftrag und Projektziele erläutert. Die Präsentation beschränkte sich weitgehend auf die technischen Aspekte der Plattform, meldet das IfG.CC in seinem aktuellen Newsletter. Auch die Realisierung von BOA werde lediglich als technisches Projekt angesehen. Es gebe bisher weder Wirtschaftlichkeitsberechnungen noch Untersuchungen zur Nachfrage. Erstaunt stellten die E-Government-Experten der Uni Potsdam fest, dass es keine strategischen Überlegungen und Planung dazu gebe, wie und bis wann die Kommunen eingebunden werden sollen. Auch existierten bisher keine Überlegungen zur organisatorischen Implementierung und zum Marketing des Verwaltungsportals. Die Bewältigung von Aspekten wie Akzeptanz, Information und Schulung seien ebenfalls nicht im Projekt vorgesehen. Das ist bemerkenswert: Derartige Aufgaben machen in der Regel einen Umfang von 30 bis 40 Prozent eines Projektbudgets aus, so das IfG.CC. Das Brandenburger Online Amt ist eines von 35 Leitprojekten des E-Government-Masterplans des Landes Brandenburg. Durch BOA soll ein zentrales Verwaltungsportal für Wirtschaft, Bürger, Land und Kommunen geschaffen werden.

(al)

Stichwörter: CMS | Portale, Brandenburg, Portale, Bürgerservice, Verwaltungsportal, BOA